

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksachen 16/12851, 16/13416 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im Entwurf des Energiesteuergesetzes geregelten Steuersätze für Agrardiesel belasten die Landwirtschaftsbetriebe in besonderer Weise und führen zu signifikanten Benachteiligungen im europäischen Vergleich. Die Stufenbesteuerung von Biodiesel und Pflanzenöl ist zum existentiellen Nachteil regionaler Kraftstoffherzeugung geregelt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- kurzfristig die Abschaffung der zusätzlichen Besteuerung fossilen Agrardiesels für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft zu veranlassen bis zur Vorlage eines Konzepts zur EU-weiten Harmonisierung des Agrarsteuersystems einschließlich der Agrardieselsteuern;
- sowohl den sogenannten Selbstbehalt von 350 Euro als auch die Kappungsgrenze von 10 000 l Jahresverbrauch in der Rückvergütung der Mineralölsteuer für Agrardiesel zu streichen;
- die Wirksamkeit der Steuerrückvergütung noch für die Antragstellung 2009 zu gewährleisten;
- die Steuern für Biodiesel- und Pflanzenöl-Reinkraftstoffe kurzfristig aussetzen und sich damit für den Erhalt der regional geschaffenen Produktions- und Nutzungsstrukturen der Biokraftstoffe einzusetzen;
- mit einer finanziellen Zuschuss-Förderung den Umstieg der Landmaschinenflotte auf dezentral erzeugte regenerative Kraftstoffe aus regional angebaute Biomasse zu unterstützen.

Berlin, den 17. Juni 2009

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

## Begründung

Die Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland sind aufgrund stark steigender Produktionsmittelkosten und nicht kostendeckender Erzeugerpreise in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. In der Besteuerung der Produktionsmittel, insbesondere des Agrardiesels, sind sie gegenüber Betrieben in den europäischen Nachbarländern durch eine besonders hohe durchschnittliche Besteuerung besonders benachteiligt. Nicht nur für kleine, auch für größere Agrarbetriebe in West- und Ostdeutschland entstehen durch das auf den betrieblichen Gesamtverbrauch bezogene Besteuerungssystem hohe Kostenbelastungen. Ein deutscher 1 000 ha Betrieb hat zum Beispiel durch die deutsche Agrardieselregelung eine steuerliche Mehrbelastung von ca. 40 000 Euro gegenüber seinem französischen Nachbarn.

Die bisher vorgeschlagene Streichung des Selbstbehalts von 350 Euro pro Betrieb reicht als kurzfristige Liquiditätshilfe nicht aus und vergrößert zudem die Ungerechtigkeit gegenüber größeren Betrieben. Die Kappung der Dieselerückvergütung bei 10 000 Liter Jahresverbrauch muss daher rückgängig gemacht werden.

Mittelfristig ist eine weitere Harmonisierung der Produktionsmittelbesteuerung angesichts der offenen innereuropäischen Grenzen unumgänglich.

Das Problem steigender Betriebsmittelpreise bei gleichzeitig sinkenden Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse lässt sich durch Steuersenkungen allein jedoch nicht lösen. Angesichts der Marktmacht von Einzelhandel, Großmolkeereien und Betriebsmittelproduzenten muss die Politik eingreifen und für faire Preise sorgen.

Zum tragfähigen Ausstieg aus fossilen Kraftstoffen muss die Stufenbesteuerung für Biodiesel und Pflanzenöl als Reinkraftstoff rückgängig gemacht werden.

Reinkraftstoffe und Biodiesel sind zwar für Agrar- und Forstbetriebe bereits steuerbefreit, die Wirtschaftlichkeit regionaler Produktionskapazitäten kann sich jedoch kaum ausschließlich auf die Verwendung im Land- und Forstwirtschaft beschränken, sondern sollte auch die regionale Wirtschaft darüber hinaus beliefern können. Außerdem muss der Umstieg der Landmaschinenflotte technisch, finanziell und wissenschaftlich stärker gefördert werden.